

Zeitungspreise:
Für Halle monatlich, bei zweimal wöchentlichem Erscheinen 7.— M., vierteljährlich 21.— M., halbjährlich 42.— M., jährlich 84.— M. Ausgabestellen außerhalb H. 2.— M. monatlich, bei zweimal wöchentlichem Erscheinen bei täglicher Zustellung 6.— M., bei wöchentlichem 4.— M., bei Postmonat 9.25 M., vierteljährlich 27.75 M., halbjährlich 55.— M., jährlich 110.— M. Bestellungen nehmen alle Poststellen an. Halle, Zeitungswirtschafts-Gesellschaft, für unvorläufige Eingänge. Manu tripe wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe. „Zeitungspresse“ gesteuert. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1149, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103, Nr. 1133, der Zeigungs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Zwanzigstes Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 70 Pf., Familien- u. kleine Anzeigen (privat) 5 Pf. Legenbesonntigungen 40 Pf. Bekanntmachungen 20 Pf. Geschäftsmitteilungen 3.— M. Bei Wiederholung Ermäßigung i. d. Bef. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Geschäftszeiten: Halle, Neue Promenade 1a, St. Brauburgstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 506.

Halle, Freitag, den 28. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Die Goldreserve-Bank der Vereinigten Staaten von Europa.

Eine Unternehmung mit Frank E. Vandenberg.

W. Berlin, 27. Oktober.

Der Berliner Vertreter des „International Rems Service“, Dr. E. D. Weber, stellt der „Dena“ den Vorschlag einer Unternehmung zur Verfügung, die er gemeinsam mit dem bekannten New Yorker Finanzier Frank E. Vandenberg hatte. Vandenberg entwickelte ihm seinen Plan von der Schaffung einer „Goldreserve-Bank der Vereinigten Staaten von Europa“ in folgenden Darlegungen:

Mein Vorschlag, eine Goldreserve-Bank für alle zentral-europäischen Staaten zu gründen, basiert auf einer ausgedehnten Untersuchung der gegenwärtigen Wirtschaftslage von 12 Staaten. Ich lege ihn vor auf Erträgen einer hohen Anzahl von berufenen Autoritäten in hohen Regierungsstellen, die mich um einen Plan zur Stabilisierung der Wälua erludeten. Mein Vorschlag ist nicht als ein rein amerikanischer Gedanke, sondern vielmehr als eine Art Kompromiß, die ich den wäluatantesten Ländern Europas empfehle. Wenn der Plan den beteiligten Regierungen zuagen sollte, müßten Verhandlungen mit amerikanischen Interessenten angeknüpft werden, jedoch das ganze Unternehmen mit dem nötigen Goldkapital finanziert werden könnte. Ich müße mir nicht an, ein autoritatives Urteil darüber abzugeben, ob eine Milliarde Golddollars aufgebracht werden kann oder nicht, aber es ist mein persönlicher Glaube, daß ein solcher Plan eine gesunde Finanzoperation in dem gegenwärtigen Chaos darstellt und, wenn die Nationen Zentral-Europas ihn annehmen sollten, besteht eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß das nötige Kapital auch aufgebracht wird. Obwohl ich das eine schwierige Finanzoperation, und die Wahrscheinlichkeit dafür, daß das internationale Finanzkapital in dieser Angelegenheit die Initiative ergreift, besteht nur dann, wenn die interessierten Regierungen dem Kapital zur Erwägung eines solchen Finanzprogramms die Anregung geben. Mein Plan soll folgende Punkte in sich schließen: Die Bank sollte ein Kapital von 100 Millionen Goldmarken haben, in dem übermäßige Ausgaben ungenügender Bekämpfung gegenüberstehen. Es müßte auch eine Verbindung zwischen der Bank und dem ungenügenden Außenhandelsbilanz, in der riesiger Import einem geringen Export gegenübersteht. Er müßte aber einem großen Defizit entgegenkommen, nämlich dem, einem jeden finanziellen Boden für den Wiederaufbau der europäischen Finanzen zu schaffen.

Mein Plan geht nun dahin, eine Zentralbank zu gründen, die ein Kapital von einer Milliarde Golddollars und einer Notenausgabe, die gedeckt wird durch ein Minimum von 20 % Gold. Auf diese Weise könnte man 5 Milliarden gutes Banknotengeld herausgeben; Banknoten, zu denen die ganze Welt Vertrauen haben würde und die in allen Ländern, wo der Plan zur Durchführung gelangt, um einheitlichen Charakter sein würden. Der Plan würde in keiner Weise die Souveränität eines Staates antasten oder den Finanzminister irgend eines Landes die Hände binden. Er müßte auch nicht notwendigerweise mit sich bringen, daß die Regierungen nicht eigene Zinssubventionen in Umlauf setzen, obwohl ich mit ihm eintrifft Briefe, daß er eine weitere Stufe wertvollen Papiergeldes und nötig macht. Ich unterbreite den Plan etwa, wie ein Arzt einem Patienten eine Medizin verschreibt. Ich habe 12 Länder besucht und festgestellt, daß alle, allerdings in verschiedenem Grade, an derselben Krankheit leiden. Diese Krankheit ist augenblicklich soweit vorgeschritten, daß es für die Finanzminister außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich geworden ist, sich irgend welcher Maßnahmen zu enthalten, die zu einer weiteren Entwertung der Zahlungsmittel führen, obwohl sie das Mißliche der Lage und die Gefahren eines weiteren Umlaufnehmens der Inflation klar erkennen. Die Lage in Bezug auf die Währung ist in manchen Ländern geradezu katastrophal, und der Wert der Währung hat die Hälfte erreicht. Es müßte eine radikale Wenderung der Lage herbeigeführt werden, vor allem aber eine solche in ausföhrbaren Grenzen. Tatsächlich müßte jede der beteiligten Nationen von Amerika borgen, aber bei dem Kredit, den sie in Form von gewöhnlichen nationalen Obligationen, darbieten, ist ein Borgen in dem meisten, wenn nicht in allen Fällen unmöglich. Der Plan, den ich vorschle, würde von den amerikanischen Interessenten als ausreichende Sicherheit angesehen werden, und er bietet auch genügende Aussicht auf Gewinn, um das Kapital anzuloden. Andererseits sind dem Profit gewisse Grenzen gesetzt und ein großer Teil der Gewinne fließt den Regierungen zu, in deren Ländern die nationalen Goldreserve-Banken gelegen sind. Wenn die in dieser Weise an die einzelnen Regierungen gezahlten Gewinne dazu verwendet werden würden, die Aktien wieder zurückzukaufen, dann würde in wenigen Jahren jede Regierung Eigentümerin ihres entsprechenden

Anteils von Aktien werden, ohne gezwungen zu sein, ihre Steuererträge zu diesem Zweck verwenden zu müssen.

Auf diese Frage, wie sich denn die aliierten Mächte, namentlich England, zu jenem Projekt stellen, erwiderte Vandenberg: England würde den Plan durchaus nicht sehr begrüßen. Es hat eben seine eigenen Finanzpläne. Aber ich behaupte positiv, wenn nicht ein solches oder ähnliches Programm zur praktischen Durchführung kommt, England dann selber kurz über lang sich dem Hunger gegenüber sehen wird. (England will keine). Ich wiederhole meine festgesetzte Überzeugung, daß, wenn nicht Deutschland jeden Penny bezahlet, und muß, den es bezahlet kann, die ihm im Verfallenen Verträge auferlegten Reparationsleistungen für Deutschland absolut unmöglich zu tragen sind. Erleichterungen durch Reduzierung namentlich der Reparationsbestimmungen des Vertrages, muß ihm unbedingt geschaffen werden, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern in dem der ganzen Welt. Ich habe die sorgfältigste Untersuchung der Finanz- und Wirtschaftslage ganz Europas angefertigt. Es gibt keinen europäischen Finanzminister, der mich nicht gefragt hätte: „Was sollen wir tun?“ Diese Männer sind eben am Ende ihres finanziellen Lateins. Ich glaube, ich habe bei 14 franken Nationen die richtige Diagnose gestellt und bin der unerschütterlichen Überzeugung, mit dem Plan gibt es nun zu den anderen Nationen Europas den soliden Grund wieder, auf dem sie wieder festen Fuß fassen können.

Deutsche Wiederherstellung.

Unterstaatssekretär im britischen Auswärtigen Amt und Vertreter des Ministers im Parlament, Sir Arthur Steel Dayle, hat in einem ausföhrlichen Brief in der heutigen Ausgabe der Times seine Ansicht über die deutschen Zahlungen dahin ausgedröckt, daß eine Unternehmung über die Notwendigkeit einer Herabsetzung gütigen erscheint und eine Frist gegeben werden sollte, bevor die nächste Zahlung zu leisten ist. Wegen der Gründe, die zu dieser Folgerung führen, gehen wir den vollen Inhalt dieses Briefes. Nach einigen einleitenden Worten heißt es:

„Ich spreche über die Durchföhr der deutschen Zahlungen. Es ist nicht allein recht, daß die Deutschen den Schaden, den sie angerichtet, gutmachen, es wäre unrecht, wenn sie dies nicht einsehen. Aber gleichzeitig muß man nicht die Folgen der festgesetzten Zahlungen außer acht lassen. Es ist klar, daß diese Zahlungen, obwohl in Geld festgesetzt, doch nur in Waren beglichen werden können. Die Deutschen sind gezwungen, diese Waren hier oder auswärts auf den Markt zu bringen; das führt sie nur mit Unterbreitung der Preise, zu denen wir selbst verkaufen wollen. Verbilligen wir unsere Gefesungskosten, was wir aus allgemeinen Gründen tun sollten, um wiedererfähiger zu werden, so muß die notwendige Folge der Wiederherstellung dann wieder ein weiteres Untertreten der Deutschen sein, damit sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Das ist tatsächlich schon der Fall und allen bekannt, die sich mit dem auswärtigen Handel beschäftigen. Aber was soll in der Zukunft geschehen? Es ist möglich, daß die Deutschen selbst auf diesem Wege nicht in der Lage sind, volle Zahlung zu leisten. Trifft dies ein und wird trotzdem versucht, sie aus Deutschland herauszuwerfen, so müßte dies zu einem Zusammenbruch in Deutschland führen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben diese Richtung andeuten. Manche bilden sich ein, daß die Entwertung der Mark eine von Deutschland beabsichtigte Erscheinung sei. Das wäre vielleicht getreulich bei einer stetigen Rate von, sagen wir 250 für das Pfund; aber ganz und gar ungetreulich ist es bei den Unvorhersehungen der Mark in den letzten zwei Wochen. Ebensovienig liegt in der Unmöglichkeit, das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen, eine Absicht der deutschen Regierung. Alles deutet nach einer Richtung. Die Schwierigkeit der Aufbringung der letzten Zahlung — die Tatsache, daß schon jetzt die notwendigen Einbußgüter nicht mehr gegen dar, sondern nur noch auf Kredit gekauft werden können —, diese und andere Umstände sind die Vorzeichen einer baldigen Zahlungseinstellung, eines allgemeinen Zusammenbruchs.“

Wenn ein solches Unheil herbeitrifft, so mag die festgesetzte Tätigkeit in Deutschland aufhören, sein Maßvermögen ganz ausgezehrt werden. Aber selbst, wenn wir unser eigenes Interesse im Auge behalten, wäre die Folge eines solchen Unfalls doch die Verschärfung der gegenwärtigen Not, ein weiteres Untertreten, ein Wirral in der ganzen Welt. Ich glaube, daß die Meinung bei der Mehrheit der Sachverständigen geteilt wird, die auf Grundlage ihrer Urkunden mit Einigkeit und ohne Voreingenommenheit ein Urteil über die Verhältnisse abzugeben berufen sind. Damit ist wenigstens ein genügender Grund für die Regierung zu einer sorgfältigen Untersuchung der Lage gegeben. Solange die gegenseitige Verbilligung der Verbunden bleibt, ist eine gänzliche Entlassung der deutschen Schuld unmöglich. Es sind vielleicht, wenn auch sonst nicht wünschenswert, doch aus moralischen Gründen einige Zahlungen notwendig. Jedenfalls ist eine Unternehmung notwendig, ob der festgesetzte Umfang der Wiederherstellung nicht herabgesetzt werden soll.“

Sir Arthur schließt seinen Brief mit den Worten: „Es ist immer unangenehm, bezagene Fehler eingeschoben, aber hat man sie gemacht, so ist es besser, ihre Unumkehrbarkeit zu bezeugen und die Gefahr so bald als möglich zu heilen.“

Es muß der Times schwergefallen sein, diese Erklärung anzunehmen; aber mit Rücksicht auf die antike Stellung des Einlenbers konnte sie wohl nicht anders. Vielleicht hören wir nächstens eine ebenso maßgebende Stimme über die Fortdauer der militärischen Strafmaßnahmen, aber Schließen, über den Versailles Vertrag.

Exkaiser Karl in Galaz.

Die Botschafterkonferenz beschloß, daß Exkaiser Karl an Bord des englischen Kanonenbootes, das nach Budapest liegt, nach Galaz (Rumänien) reisen, und dort die endgültige Entscheidung der Mächte über seine Unternehmung abwarten soll.

Die Konferenz genehmigte dann das Problem von Buda und nahm Kenntnis von dem Brief des deutschen Botschafters mit der Mitteilung, daß seine Regierung unversichtlich Delegierte ernennen werde, um mit Polens die verlangten wirtschaftlichen Verhandlungen über Oberschlesien anzuknüpfen.

Serbien mobilisiert weiter.

Die „Grazzer Tagespost“ meldet aus Belgrad: Die von der Regierung gegen Ungarn getroffenen militärischen Vorbereitungen werden fortgesetzt. Dementselben Blatte zufolge wird aus Budapest berichtet, daß General Teresco mit der vollständigen Mobilisierung der Infanterie und Kavallerie betraut worden ist.

Die tschechoslowakische Regierung nimmt für die Mobilisierung einen vom Parlament zu genehmigenden Kredit in Höhe von einer halben Milliarde tschechoslowakischer Kronen in Anspruch.

Das Denkmal für Maria Theresia in Prag ist von Legionären umgehört worden.

Gegen die Mörder des ungarischen Ministers Draskovits wurde am Donnerstag in Budapest das Urteil gefällt. Der Hauptbeschuldigte Ulagai wurde zum Tode, drei weitere Angeklagte zu Freiheitsstrafen von je fünfzehn Jahren und ein Angeklagter zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Die Oesterreichische Kreditoperation. Der Nationalrat hat gestern in dritter Lesung das Gesetz angenommen, durch das die Regierung ermächtigt wird, zwanzig Milliarden durch Kreditoperation zu beschaffen.

Eine Rede Rathenaus.

im badiischen Landesparlament der deutsch-demokratischen Jugend.

In einer von etwa 7000 Personen besuchten Versammlung des badiischen Landesverbandes der deutschen demokratischen Jugend in Mandelb. führte Dr. Rathenaus mit Bezug auf die obersteinstliche Entscheidung u. a. aus:

Die Einseitigkeit des Urteilspruches ergibt sich aus sich selbst. Diese ausgezogene Wirtschaftserordnung ist nicht nur gegen den Geist, sondern gegen den Wortlaut des durch den Versailles Vertrag. Das Widerwärtige, das sich selbst widerlegt, erinnert aus schmerzliche an Elsch-Bohringen, das sich in der ungetreulichsten Lage befand. In diesem Zusammenhang müßen wir uns an die Worte erinnern, die am 1. März 1871 in der Pariser Nationalversammlung von einem eiföhrlichen Abgeordneten gesprochen wurden. Sie enthielten den Aufschluß Elsch-Bohringen an Frankreich. Diese Worte müßte ich in Erinnerung bringen: „Durch gefäßlichen Mißbrauch der Gewalt der Fremdberrschaft ausgeliefert, haben wir die letzte Pflicht zu erfüllen. Noch einmal erklären wir den Vertrag für null und nichtig, der ohne unsere Zustimmung zu stande gekommen ist. Der Anspruch auf unsere Rechte bleibt emig.“

Dr. Rathenaus sagte ferner, nicht außenpolitische Gründe hatten ihn gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt, sondern nur der Beschluß der Fraktion, ihre Mitglieder nicht von neuem in das Kabinett eintreten zu lassen. Er selbst sei diesem Beschluß nicht beigetreten, aber als Demokrat sei er mit ihm solidarisch. Die Möglichkeit der Erfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen verringere sich durch den Verlust des obersteinstlichen Bundes. Das sehen im Auslande und etwas davon verlieren. Es werde nötig sein, dem Auslande gegenüber sich nicht auf den Standpunkt zu stellen: Wir werden jetzt nichts mehr tun. Wir erkennen den Vertrag von Versailles nur noch als fehen Papier an. Das Band könne nicht dahin gedrängt werden, daß es unter der Last zusammenbröche. Der größte Teil unserer künftigen Politik werde Reparationspolitik sein müssen. Gegenüber der Ansicht, Deutschland solle den Bankrott erklären, verwies Rathenaus auf § 234 des Versailles Vertrages, in dem gesagt ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands müsse der Zeit zu Zeit geprüft werden. Es gebe nur den Weg, unsere Zahlungen zu vermindern in Sachleistungen. Dieser Weg sei in den Verhandlungen von Wiesbaden beschritten worden.

Rathenaus schloß: Wir können nur leben in einer demokratischen Republik. Die Einigung des Volkes kann nur eine demokratische sein, beruhend auf der Gleichheit aller Stände. Wir können nur mit anderen Staaten leben, wenn diese verstehen, was bei uns vorgeht. Der Redner schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die deutsche Zukunft. Wir wollen und wir werden leben!

